Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 1

Artikel: Die Aufgaben der Schweiz im internationalen Geschehen
Autor: Wahlen, F.T.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161204

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Aufgaben der Schweiz im internationalen Geschehen

BUNDESPRÄSIDENT F. T. WAHLEN

Das eben abgeschlossene sechste Jahrzehnt unseres Jahrhunderts hat so viele und einschneidende Änderungen gebracht, daß man wohl sagen darf, das siebente eröffne eine neue Epoche. Europa hat während der fünfziger Jahre praktisch alle Kriegsschäden getilgt und hat sich tatkräftig auf die Suche nach neuen Formen des wirtschaftlichen und politischen Zusammenlebens begeben. In seinem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich ein grundlegender Wandel vollzogen. Das vergangene Jahrzehnt war das Dezennium einer einzig dastehenden Generosität der Vereinigten Staaten gegenüber Europa. Heute sind sie auf die Solidarität des alten Weltteils angewiesen. In Asien und Afrika nähert sich die Entkolonialisierung ihrem Abschluß, und nach der Zuerkennung der politischen Unabhängigkeit stehen die neuen Völker mitten im Ringen um die Ordnung im Innern und um ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. Der alles überschattende Kampf um die Formen der Gesellschaftsordnung und Kultur geht weiter, und er wird im neuangefangenen Jahrzehnt noch mehr als in der Vergangenheit alle zwischenstaatlichen Beziehungen direkt oder indirekt beeinflussen. Das sind Gründe genug, um sich über die Rückwirkungen dieser Entwicklungen auf die Schweiz und auf das Verhältnis unseres Kleinstaates zu seiner Umwelt Rechenschaft zu geben.

Hätte es vor dem ersten Weltkrieg fast als Anmaßung erscheinen müssen, unsere Beziehungen zur Außenwelt in einem weitern Sinne als das uns unmittelbar umgebende Europa zu behandeln, so wissen wir uns heute auf Gedeih und Verderb mit der ganzen Welt aufs engste verbunden. Die wehrhafte Neutralität, die wir unter dem der Vergangenheit angehörenden System des Gleichgewichts der europäischen Mächte zur schützenden Staatsmaxime erhoben, muß sich unter neuen Verhältnissen und in weitern Beziehungen bewähren. Wie einst schweizerischer Unternehmungsgeist und Forschungsdrang die Grenzen unserer wirtschaftlichen Tätigkeit und unserer kulturellen Interessen immer weiter steckten, so sind wir heute dazu aufgerufen, unsere Solidarität mit den Erdenbürgern aller Rassen und Farben über die Grenzen der Länder und Kontinente auszudehnen.

Das Ausmaß dieser Veränderungen läßt die Frage stellen, ob wir den sich aus ihnen ergebenden Anforderungen gewachsen sein werden. Wir haben das

Gefühl, ein sehr bewegtes Jahrzehnt hinter uns zu haben, aber es hat mehr Probleme aufgeworfen als gelöst, und für mich besteht kein Zweifel, daß uns das angefangene härter anpacken wird als das abgeschlossene. Es wird von uns Mut, Entschlossenheit, Beweglichkeit und Opferbereitschaft verlangen. Das gilt von den Aufgaben im Innern, von denen heute nicht die Rede ist, wie von den unserem heutigen Thema zu Grunde liegenden außenwirtschaftlichen und außenpolitischen.

Die Schweiz und Europa

Auf der europäischen Szene, die uns zuerst beschäftigen soll, ist die Existenz zweier wirtschaftlicher Organisationen und die durch sie hervorgerufene Gefahr der Spaltung Westeuropas in zwei Lager die Quelle der für uns größten Sorge. Es nützt nichts, dem Traum der großen, alle OECE-Staaten umfassenden Freihandelszone, der seiner Verwirklichung so nahe schien, nachzutrauern. Sowohl die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs wie die Freihandelsassoziation der Sieben sind Realitäten, die in allen weitern Bemühungen um die vielbesprochene Integration in Rechnung gesetzt werden müssen. Der etwas schillernde Begriff der Integration wird heute je nach Bedarf in all den Bedeutungen gebraucht, die ihm das Lexikon zuschreibt, und seine Vieldeutigkeit ist zweifellos mitverantwortlich für die Verwirrung im heutigen europäischen Gespräch. Das sich aus den sprunghaften Fortschritten der Wissenschaft und Technik fast täglich ergebende Auftauchen neuer unverdauter Begriffe, vielleicht mehr noch die gewollte Sprach- und Begriffsverwirrung der Diktaturen hat uns offenbar sehr zu unserm Schaden daran gewöhnt, mit Worten und Formeln zu operieren, die sich einer klaren Definition entziehen. So haben wir den Zustand, daß heute kaum jemand die Notwendigkeit einer europäischen Integration bestreitet, aber das Wort hat nicht nur in Brüssel und Genf, den Sitzen der beiden Organisationen, sondern sogar von Hauptstadt zu Hauptstadt einen andern Inhalt. Am einen Ort versteht man darunter einen dynamischen Prozeß, der von einer Zoll- und Wirtschaftsunion zur politischen Union in Form eines Staatenbundes oder Bundesstaates führt, am andern Ort möchte man die Integration wenigstens vorläufig auf eine rein funktionelle Freihandelszone ohne institutionellen Oberbau beschränken. Es sind diese Unterschiede und Unsicherheiten, die die Schweiz dazu führten — nach meiner festen Überzeugung dazu führen mußten —, sich von der EWG fernzuhalten und der EFTA beizutreten. Ich möchte die Gründe, auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen, kurz rekapitulieren.

Unausgesprochen im Vertrage selbst, aber durch zahlreiche Kommentare von Staatsmännern und hohen EWG-Funktionären liegt dem Römer Vertrag

ein politisches Konzept zu Grunde. Über die Form der politischen Einigung, die aus der immer enger werdenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit herauswachsen soll, herrscht aber die größte Unklarheit. Die Deutungen erstrecken sich über die für uns sehr ansprechende Formel von «Europa der Vaterländer» bis zur Schaffung der dritten Macht, also mindestens einer sehr engen Militärallianz, wenn nicht eines teileuropäischen Staatenbundes oder Bundesstaates. Es steht uns nicht zu, diese Ziele zu kritisieren; im Gegenteil, niemand könnte die durch die jüngste Entwicklung herbeigeführte Verständigung zwischen unsern großen Nachbarvölkern Frankreich und der deutschen Bundesrepublik wärmer begrüßen als unser Land. Volk, Parlament und Landesregierung sind sich aber auch einig darin, daß wir nicht Verpflichtungen übernehmen können, die nicht zum voraus klar umschrieben und abgegrenzt sind, daß wir mit andern Worten nicht in ein Boot steigen können, dessen Kurs und Ziel wir nicht kennen und die wir auch unterwegs in Fahrt nicht zu bestimmen in der Lage wären. Abgesehen von der nach der Konzeption der EWG unvermeidlichen Aufgabe eines Teils der politischen Souveränität müßten wir aber auch wesentliche wirtschaftliche Souveränitätsattribute aufgeben, so die Gestaltung unserer Zoll- und namentlich der Agrarpolitik. Es ist wohlbekannt, in welch außerordentlich schwieriger Lage sich heute die Landwirtschaft aller Industriestaaten befindet. Die unsrige ist aus Gründen, die hier nicht angeführt werden müssen, besonders schutzbedürftig. Nachdem es gelungen ist, die Integrität unserer Agrargesetzgebung gegenüber allen internationalen Organisationen, denen wir beigetreten sind, zu erhalten, konnte auch aus diesem Grunde nur der Beitritt zur EFTA in Frage kommen, die ihren Mitgliedern die Ordnung der Agrarpolitik überläßt.

In der kurzen Zeit ihres Bestehens haben sowohl die EWG wie die EFTA bemerkenswerte Fortschritte in ihrer innern Organisation gemacht, und es ist namentlich hervorzuheben, daß der Ursprungsnachweis, dessen vorausgesagte Schwierigkeiten als Grund oder Vorwand zur Ablehnung der ursprünglich geplanten großen Freihandelszone vorgeschützt werden, innerhalb der EFTA reibungslos funktioniert. Auch die diskriminierende Wirkung der gegenseitigen Zollmaßnahmen hat sich noch nicht sehr störend bemerkbar gemacht. Trotzdem ist es außerordentlich zu bedauern, daß man im Laufe des vergangenen Jahres nicht über die rein pragmatischen Versuche in der Behebung kleiner Schwierigkeiten hinaus zu grundsätzlichen Einigungsgesprächen vorgedrungen ist. Wohl gelang es unseren Unterhändlern, auf dem Zollgebiet eine Übergangslösung zu finden, welche uns für das laufende Jahr Härten ersparen wird. Mit jeder neuen Zollsenkungsetappe innerhalb der Gemeinschaft werden aber die Schwierigkeiten größer. Manche, die wir heute nicht fühlen, werden durch die Hochkonjunktur überdeckt, wie überhaupt eine Einigung im Zeichen einer Rezession oder gar einer Krise ungleich viel schwieriger würde. Darüber hinaus zwingt ein gespaltenes Europa seine Industrien und auch diejenigen der

Vereinigten Staaten zu einer unverantwortlichen Verschleuderung ihrer Mittel durch reziproke Investitionen in den zwei Wirtschaftsgebieten. Das ist wahrlich ein Luxus, den sich weder unser Erdteil noch Amerika angesichts ihrer weltweiten Verantwortungen, von denen noch die Rede sein soll, erlauben können. Es ist dringend nötig, daß die Stunde der Vernunft schlage. Es braucht dazu den Willen nicht nur der beiden Organisationen, sondern eines jeden einzelnen ihrer Mitgliederländer und des Verständnisses der Vereinigten Staaten für die wirklichen Bedürfnisse Europas und der freien Welt. Es ist durchaus möglich, Lösungen auf handels- und zollpolitischem Gebiet zu finden, die sowohl der EWG wie den Mitgliedern der EFTA ihre politische Bewegungsfreiheit lassen, aber doch das Auseinanderleben der beiden Gruppierungen, das ein Unglück für Europa wäre, verhindern. Die EFTA wird weiterhin unverdrossen in dieser Richtung arbeiten, und die Schweiz wird ihr Möglichstes dazu beitragen. Daneben sind wir es unserer Wirtschaft aber auch schuldig, in mühevoller Kleinarbeit auf dem pragmatischen Weg, sei es im Pariser Handelskomitee, sei es im GATT, sei es in zweiseitigen Verhandlungen das Mögliche zu tun, um auch bei einer weitern Verzögerung der Einigung unsere wichtigen Märkte nicht zu verlieren.

Ich weiß, daß diese etwas mühsame Gratwanderung nicht überall auf Verständnis stößt. Man wirft uns Schweizern gelegentlich vor — und das tun auch die Avantgardisten unter den Europäern in unseren eigenen Reihen —, wir hätten in unserer kleinstaatlichen Wohlgeborgenheit den Sinn für kühne Neuerungen, den Schwung zu großen Gedanken oder gar das Bewußtsein unserer Zugehörigkeit zu unserem größeren Vaterland, dem Abendland, verloren. Wer die Geschichte als Lehrmeisterin heranzieht, wird dem nicht zustimmen können. Er wird sich daran erinnern, daß uns gegenüber der gleiche Vorwurf schon in der Vergangenheit von kühnen Konstrukteuren erhoben wurde, deren Schöpfungen kurzen Bestand und tragischen Ausgang hatten. Vielleicht ist es vielmehr so, daß wir unser Licht zu sehr unter den Scheffel stellen und die Errungenschaften unserer Geschichte, die in mancher Beziehung einzig dastehen, zu selbstverständlich hinnehmen. Ob wir es nun als Leistung oder als Gnade betrachten, so ist es wahr, daß das friedliche Zusammenleben der Stämme und Sprachen, die einen großen Teil von Europa ausmachen, innerhalb unserer Grenzen gleichzeitig ein Wunder und ein nachahmenswertes Vorbild darstellt. Für uns wenigstens muß es auch künftig für die Gestaltung Europas wegweisendes Vorbild bleiben. Ein europäischer Einheitsstaat, der den kleinen Staaten die Möglichkeit nähme, sich kulturell entsprechend ihren Bedürfnissen zu entwickeln, würde auf die Dauer niemals Bestand haben, weil sich der europäische Geist dem von außen in irgendwelcher Form kommenden Zwang widersetzt.

Anders wäre eine echte europäische Föderation zu beurteilen. Ich habe letzthin in diesem Zusammenhang Fritz Ernst zitiert, der von der Lehre vom

Föderalismus als einem unverlierbaren Menschheitsgut spricht. Das ist richtig, und wir dürfen bei aller Wirklichkeitsnähe einen der schönsten Menschheitsträume, den Traum vom universellen Frieden unter den nach ihren kulturellen und gesellschaftlichen Idealen lebenden Völkern Europas und der Erde, nie aufgeben. Fritz Ernst sagt aber auch, dieser Gedanke gleiche einer Himmelsleiter, die für uns Menschen schwer ersteigbar sei. Nachdem wir sie für unsern kleinen Raum erklommen haben, ist es sicher unsere Pflicht, an der Konstruktion einer großen europäischen Himmelsleiter tätigen Anteil zu nehmen. Wir möchten aber sicher sein, daß schon die untersten Sprossen tragfähig genug sind, und vor allem müssen wir die Baupläne genau kennen und das Ziel, das sich die verschiedenen Architekten stellen. Sonst könnte es leicht geschehen, daß die Leiter ganz anderswohin als in den Himmel führt.

Ich halte dafür, daß es auch in diesen Dingen richtig ist, gedanklich nicht von großartigen Konstruktionen, sondern von der Sorge um das Wohl des Einzelnen auszugehen. Wenn ich mir etwa die Verhältnisse des Jahres 2000 mit den auf diesen Zeitpunkt erwarteten sechs Milliarden Erdenbewohnern vorzustellen versuche, dann erscheint mir die Notwendigkeit einer staatlichen oder stark föderativen Gliederung der Welt noch größer als heute. Die Zusammenfassung zu einem Einheitsstaat oder zu wenigen großen Blöcken ist ein vom Standpunkt des Einzelnen gesehen unerträglicher Gedanke. Ich möchte jedenfalls in einem solchen Ameisenhaufen nicht leben. Man erinnert sich unwillkürlich des viel zitierten Wortes eines unserer größten Historikers, daß der Kleinstaat dazu da sei, die größtmögliche Freiheit des Einzelnen zu verwirklichen. Staatsbürgerliche Freiheit besteht aber nur da, wo von ihr gestaltend Gebrauch gemacht werden kann, wo der Staatsbürger seiner Stimme Gehör zu schaffen vermag, wo die Überschaubarkeit der Verhältnisse es ihm ermöglicht, sich ein Urteil zu bilden. Tun wir alles, was getan werden kann, um durch die Beseitigung von Handelsschranken und eine immer engere wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Ländern den Wohlstand der Völker zu fördern und damit dem Einzelnen zur politischen Freiheit hinzu die Freiheit vor Not und wirtschaftlichem Zwang nach Möglichkeit zu gewährleisten. Hüten wir uns aber, in diesem Bestreben das Erstgeburtsrecht unserer politischen Freiheiten aufs Spiel zu setzen.

In letzter Zeit ist der EFTA wiederum von sehr prominenter Seite der Vorwurf gemacht worden, ihre Ziele seien unklar, und es fehlten deshalb auch die notwendigen Anknüpfungspunkte für ein gesamteuropäisches Gespräch. Ich stelle die Frage: Ist die Schaffung eines freien gesamteuropäischen Marktes aller OECE-Länder, eines Marktes von 300 Millionen Menschen, nicht ein sehr klares und auch ein erstrebenswertes Ziel? Es darf doch daran erinnert werden, daß alle europäischen Länder sich bis 1958 diesem Ziel verschrieben hatten und daß der Römer Vertrag selbst die Verpflichtung enthält, weiter darauf hinzuarbeiten. Das hat in jüngsten Erklärungen auch der Wirtschafts-

minister der deutschen Bundesrepublik, Prof. Dr. Erhard, deutlich unterstrichen. Die EFTA hält an diesem Ziele fest, das wirklich groß genug ist, um es zum Gegenstand gemeinsamer Gespräche zu machen und das überdies den großen Vorzug hat, realisierbar zu sein.

Das außereuropäische Pflichtenheft der Schweiz

Wenn im Hinblick auf die künftige Gestaltung Europas der Standpunkt der europäischen Nationen verschieden sein muß, je nachdem sie sich im Laufe ihrer Geschichte zentralistisch oder im Sinne einer organisch gewachsenen föderativen Struktur entwickelten, so wird ihre Haltung zur Form der europäischen Integration selbstverständlich auch durch ihre außereuropäischen Handelsbeziehungen bestimmt. Die Schweiz ist eine Welthandelsnation, gehen doch heute rund 45% ihrer Exporte nach Übersee, was praktisch eine Verdoppelung seit dem Beginn des Jahrhunderts bedeutet. Auf der Importseite allerdings sind wir stärker auf Europa ausgerichtet; wir hätten aber alles Interesse, zur Verbesserung der Zahlungsbilanz die Bezüge aus Überseegebieten zu vergrößern.

Nun sind aber zu den vorwiegend wirtschaftlichen Interessen, die unsere Beziehungen zu den neuen Ländern während der Kolonialepoche hauptsächlich charakterisierten, im Verlaufe des vergangenen Jahrzehnts ganz neue Elemente, ich möchte sagen Elemente einer neuen, weltweiten Verantwortung getreten. Heute spricht jedermann von der Entwicklungshilfe, und jedermann weiß in großen Zügen, um was es dabei geht. Noch vor zehn Jahren mußte man zu langen Erklärungen und Begründungen ausholen, um den Begriff selbstverständlich zu machen, und noch schwieriger war es, zu zeigen, daß die Sache unser kleines Binnenland etwas angeht. Es ist eine hocherfreuliche Erscheinung, daß unser Volk in dieser kurzen Zeit eine solch positive Wandlung des Denkens durchmachen konnte, und daß es sich angesichts der immer deutlicher werdenden Größe der Aufgabe und trotz der unvermeidlichen Rückschläge nicht entmutigen läßt, sondern im Gegenteil eine stets wachsende Anteilnahme und Opferbereitschaft zeigt. So wird zweifellos auch die nächstens erscheinende Botschaft des Bundesrates, die eine wesentliche Erhöhung der Mittel für die technische Entwicklungshilfe vorsieht, in Parlament und Öffentlichkeit eine gute Aufnahme finden.

Ich möchte hier nicht erneut auf die Notwendigkeit dieser neuen Aufgabe aus ethischer, wirtschaftlicher und politischer Sicht eintreten, sondern auf einige Probleme hinweisen, die vielleicht in der bisherigen Betrachtung zu kurz gekommen sind. Einmal müssen wir mehr als bis anhin die Entwicklungshilfe als eine sehr langfristige Aufgabe auffassen, in deren Erfüllung das Gefühl äußerster Dringlichkeit mit unendlicher Geduld gepaart werden muß.

Diese beiden Forderungen schließen sich nur scheinbar gegenseitig aus. Die jungen Völker sind in ihrem gärenden Nationalismus und im Gefühl erlittenen Unrechts von einer solchen Unrast erfüllt, daß wir ihnen eine echte Hilfsbereitschaft zeigen müssen. Die Geduld aber ist nötig, weil ein Aufholen des Rückstandes in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht eine Frage von Jahren, sondern von Jahrzehnten ist und weil wir uns zum vornherein gegen unvermeidliche Rückschläge und sogar gegen Undank wappnen müssen. Diese Formulierung schließt scheinbar einen zweiten, schwer überbrückbaren Gegensatz ein. Der Entschluß zur Einleitung einer Entwicklungshilfe im notwendigen Ausmaß erfordert warme Herzen. Sie darf aber trotzdem nicht als philantropisches Unternehmen geführt werden, sondern muß sich dem scharf rechnenden Verstand unterordnen. Im wohlverstandenen Interesse beider Teile müssen die Projekte aufs gründlichste studiert, vorbereitet und durchgeführt werden, und es sind angesichts der fast uferlosen Bedürfnisse einerseits, der beschränkten Mittel andererseits die Prioritäten in der Reihenfolge der Inangriffnahme der einzelnen Projekte sehr sorgfältig abzuwägen.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich ohne weiteres, daß es sich um eine viel kompliziertere Aufgabe handelt, als manche anfänglich annahmen. Wir müssen uns viel mehr als bis anhin die Grundlagen zum Verständnis der jetzigen Lage und der wirklichen Bedürfnisse dieser Völker zu erarbeiten suchen, wenn wir nicht psychologische und sachliche Fehler begehen wollen, die schwer reparierbar wären. So ist es beispielsweise nötig, von der etwas naiven Vorstellung abzukommen, wir könnten unsere westlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen einfach auf einen Wurzelstock alter Traditionen aufpfropfen, der mit ihnen gar nichts gemein hat. Beim oft gänzlichen Fehlen einer geschulten und sozial verantwortungsbewußten Unternehmerschicht muß zwangsläufig der Staat als Wirtschaftspartner herangezogen werden, und so wenig bei dieser Situation eine soziale Marktwirtschaft zur Grundlage der Entwicklungshilfe gemacht werden kann, so wenig dürfen wir erwarten, daß über Nacht eine demokratische Staatsordnung nach unseren Idealen aufgebaut werden kann. Die Staatsmänner dieser jungen Völker sehen sich vor die schwere Aufgabe gestellt, ein Regierungssystem herauszubilden, das mit den Entwicklungsmöglichkeiten in der Richtung auf das volle Mitspracherecht des Volkes ein Minimum an der im Anfang so notwendigen Autorität und Stabilität verbindet.

Sodann ist es wichtig, nicht in Kategorien einseitiger Hilfe zu denken, sondern die Arbeit als eine echte Partnerschaft aufzuziehen, aus der uns langfristig gesehen nicht nur wirtschaftlicher Nutzen, sondern auch kulturelle Bereicherung zufließen kann. Und endlich ist zu beachten, daß mit Geld allein die Aufgabe nicht zu erfüllen ist, sondern daß wir vor allem qualifizierte, einfühlungsfähige Menschen brauchen, um sie auszuführen. Das ist bei der großen heutigen Anspannung des Arbeitsmarktes in Europa und speziell auch in der

Schweiz eine der größten Schwierigkeiten des ganzen Programms der technischen Hilfe. Ohne Einsicht und Opferbereitschaft der öffentlichen Verwaltungen und der privaten Wirtschaft könnte die Entwicklungshilfe leicht am Mangel eines allseits qualifizierten Mitarbeiterstabes scheitern. Hier sind wirklich nur die Besten gut genug, wie andererseits auch die Gewährung von Stipendien nicht nur ihren Zweck nicht erfüllt, sondern schädlich ist, wenn die Stipendiaten mit dem Gefühl heimkehren, wir hätten es ihnen gegenüber an menschlicher Anteilnahme fehlen lassen oder sie aus Rassen- und andern Gründen sogar gemieden.

Die Entwicklungshilfe ist für unser Land nicht nur wegen ihres unmittelbaren Zweckes von allergrößter Bedeutung, sondern auch als unsere vornehmste Möglichkeit zur aktiven Betätigung der internationalen Solidarität, die als Kollateralprinzip zu unserer Neutralität immer wichtiger wird. Bekanntlich unterscheiden wir zwischen der bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe, also der direkten Hilfe von Land zu Land und der Beteiligung an der Hilfe internationaler Organisationen. Wenngleich die bilaterale Hilfe der Schweiz besonders geschätzt wird, weil sie in jeder Beziehung unverdächtig ist, werden wir gut daran tun, auch in Zukunft die multilaterale Form in den Vordergrund zu stellen. Ihre Kanäle sind vor allem die Vereinigten Nationen und ihre spezialisierten Organisationen, wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Weltgesundheitsorganisation, die internationale Arbeitsorganisation und die Unesco. Während wir nahezu das einzige Land der Welt sind, das sich aus freien Stücken von der Mitgliedschaft in den Vereinigten Nationen fernhält, sind wir bei den eben genannten und allen andern spezialisierten Organisationen Vollmitglied. Wir bezahlen nicht nur die Mitgliederbeiträge zur Durchführung der regulären Programme dieser Körperschaften, sondern entrichten einen jährlichen Beitrag an den Fonds für technische Hilfe der Vereinigten Nationen und auch an den neu gegründeten Spezialfonds für die Finanzierung größerer Projekte, deren Mittel nach bestimmten Kriterien auf die spezialisierten Organisationen verteilt werden.

Die Frage eines Beitritts der Schweiz zu den Vereinigten Nationen steht im Moment nicht zur Diskussion. Besonders in letzter Zeit wird auch in unserem Lande recht abschätzig über sie geurteilt. Dabei wollen wir aber nicht übersehen, daß sie auch Erfolge errungen haben, die diejenigen des alten Völkerbundes weit überragen. Diese Erfolge sind sehr viel größer, wenn nicht nur die oft laute politische Tätigkeit der Mutterorganisation, sondern auch die geduldige, stille Arbeit der spezialisierten Organisationen in Betracht gezogen wird. Hier ist Großes geleistet worden, und das Wichtigste daran ist wohl die Tatsache, daß die neuen und die alten Völker in diesen Organisationen ein Forum finden, um auf technischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gleichberechtigt zusammenarbeiten zu lernen. Als besonders fruchtbar erweist sich die technische Zusammenarbeit im regionalen Rahmen. Man darf wohl

sagen, daß hier neben der Lösung gemeinsam interessierender technischer Probleme internationaler staatsbürgerlicher Unterricht im besten Sinne getrieben wird.

Ich halte die tatkräftige Mitarbeit der Schweiz an der multilateralen Entwicklungshilfe in diesem Rahmen als eine der besten Möglichkeiten zur Bekräftigung ihres Willens zur Solidarität. Sie ist es, die unsere Neutralität nicht nur verständlich, sondern annehmbar und zusehends sogar erwünscht macht. Nach dem Krieg erschien diese nicht nur unsern Nachbarn, sondern der Welt unverständlich oder sogar als Ausfluß eines nationalen Egoismus. Man darf wohl sagen, daß sie seither in einem unerwarteten Ausmaß aufgewertet worden ist und daß wir keine Ursache haben, uns ihrer zu schämen. Im Gegenteil, es zeigt sich mehr und mehr, daß die Welt ein Interesse an der Existenz eines Landes hat, dem im Notfall humanitäre Missionen übertragen werden können, die beim zunehmenden Übergreifen des kalten Krieges in den Schoß der Vereinigten Nationen von keinem seiner Mitglieder mit der gleichen unangezweifelten Objektivität ausgeführt werden könnten.

Was die bilaterale Hilfe betrifft, so ist es besonders wichtig, daß sowohl die Länder, mit denen wir zusammenarbeiten, wie die Projekte, die ausgeführt werden sollen, sehr umsichtig ausgewählt werden. Wir werden uns auch vor einer Verzettelung der Kräfte hüten müssen, schon um die rein administrativen Kosten gegenüber dem produktiven Mitteleinsatz nicht unverhältnismäßig ansteigen zu lassen. Eine allzu einseitige Festlegung auf ein einzelnes Land, etwa im Sinne der Übernahme einer Patenschaft, wie dies in einem nordischen Staat in Betracht gezogen wird, kommt aber für uns nicht in Frage. Dagegen könnten sich Patenschaften oder langfristig geregelte Austauschverhältnisse zwischen Universitäten, Instituten oder Zweigen der öffentlichen Dienste sehr wohl als fruchtbare Formen der technischen Hilfe erweisen. Im übrigen wird sich die bilaterale technische Hilfe sehr oft mit großem Vorteil an großrahmige Projekte der multilateralen Hilfe anlehnen oder sich in sie einordnen. Schon die Tatsache, daß unsere Experten, statt unter fremden Verhältnissen allein zu stehen, sich einer Equipe anschließen können, bedeutet neben der Verringerung des administrativen Aufwandes einen großen Vorteil. Selbstverständlich ist, daß unsere diplomatischen und konsularischen Außenposten in den Entwicklungsländern für die Ausarbeitung der Projekte und für die Unterstützung der ausgesandten Sachverständigen herangezogen werden müssen. Es bietet sich ihnen hier eine erwünschte Gelegenheit, mit den Verwaltungen der jungen Länder in einen konstruktiven Kontakt zu kommen, der oft auf andere Weise schwer herzustellen ist.

Ich habe einleitend zu diesem Abschnitt vom erfreulichen Verständnis und von der Aufgeschlossenheit des Schweizervolkes für diese neuen Aufgaben gesprochen. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß sich auch gegenteilige Stimmen vernehmen lassen, die darauf hinweisen, daß es auch in der

Schweiz noch Gebiete gibt, die im Verhältnis zu andern als unterentwickelt anzusprechen sind und daß es auch bei uns noch soziale Not zu beheben gilt. Das ist richtig, und das Argument wäre pertinent, wenn es um ein Entweder-Oder ginge. Das ist aber nicht der Fall: Niemand denkt daran, über den neuen Aufgaben die alten zu vernachlässigen, und dann gilt es auch, die Dinge in den richtigen Proportionen zu sehen. Um nur zwei Ausgabenposten zum Vergleich heranzuziehen: Gemäß Bundesbeschluß vom 1. Oktober 1959 betrugen die Aufwendungen des Bundes für die technische Hilfe im Jahre 1960 5 Millionen Franken. Im gleichen Jahr flossen rund 770 Millionen Franken den Rentenberechtigten der AHV zu, und wenn nun der Bundesrat für die kommenden Jahre eine kräftige Erhöhung der Ausgaben für die technische Hilfe zu beantragen beabsichtigt, so wird sie doch in keinem Verhältnis zu den rund 380 Millionen Franken stehen, welche die V. Revision der AHV den Rentenberechtigten spätestens ab Januar 1962 in Aussicht stellt.

Wenn ich bis jetzt nur von der durch den Bund finanzierten Entwicklungshilfe gesprochen habe, so bedeutet das keine Unterschätzung der Wichtigkeit und Notwendigkeit privater Aktionen. Im Gegenteil, sie sind höchst willkommen, und ich möchte die Gelegenheit benützen, allen, die sich in irgendeiner Weise für das große Werk einsetzen, zu danken. Die vorstehenden Hinweise auf die Schwierigkeiten der Aufgabe zeigen aber, daß der gute Wille allein nicht genügt, sondern daß eine Koordination aller Anstrengungen unerläßlich ist. Ich möchte in diesem Sinne einen Appell an alle Beteiligten richten, nicht einer schädlichen Zersplitterung Vorschub zu leisten, da nur durch gegenseitige Orientierung und durch die Zusammenfassung aller Kräfte die Gewähr besteht, daß die gespendeten Mittel produktiv eingesetzt werden.

Über alles: Die Freiheit

Wenn von den Aufgaben der Schweiz im internationalen Geschehen die Rede ist, darf die Stellungnahme unseres Volkes zum großen Kampf um die innere Gesellschaftsordnung der Völker, der in der heutigen Welt alles andere überschattet, nicht übergangen werden. Diese Stellungnahme ist zwar so eindeutig und so nahezu einhellig, daß es fast unnötig erscheinen könnte, Zweifel zu zerstreuen, die nicht bestehen. Wem aber die Freiheit so selbstverständlich geworden ist wie die Luft, die wir atmen, der kommt leicht in Versuchung, ihre Lebensnotwendigkeit zu übersehen. Dazu kommt, daß ein Zustand, der abwechslungsweise und je nach Bedarf in Form des kalten Krieges oder einer proklamierten «friedlichen Koexistenz» besteht, nun schon so lange dauert, daß er uns zur Gewohnheit wird.

Es gilt deshalb, auch an der innern Front wachsam zu bleiben. Diese Wachsamkeit darf sich nicht in einer verbalen Ablehnung des Kommunismus als

politisches System und Wirtschaftsform erschöpfen, sondern sie soll zu Taten führen. Wohl wissen wir, daß unsere Gesellschaftsordnung, wenn wir auch hier von der Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen ausgehen, dem Kollektivismus turmhoch überlegen ist. Wie alles Menschliche, weist aber auch sie Mängel auf, und unablässig an ihrer Verbesserung zu arbeiten, bedeutet die sicherste Abwehr von Ideologien, die unserer ganzen Eigenart und geschichtlichen Entwicklung zuwiderlaufen. Damit schaffen wir auch die Voraussetzungen dafür, daß die kleine Minderheit von Irregeleiteten, die an der Zerstörung unserer Institutionen arbeitet, ohne Einfluß bleibt und keine neue Gefolgschaft findet.

Auch auf diesem Gebiet tun übrigens Begriffserklärung und Selbsterkenntnis not. Wenn wir vom Abendland als unserer gemeinsamen geistigen Heimat sprechen oder vom freien Westen, so denken wir vielleicht allzu sehr an ihre großen tragenden Ideen und zu wenig an ihre heutige Realität. So ist es eine der Selbsttäuschung dienende Vereinfachung, das Vorhandensein materialistischen Denkens nur in den Ländern vorauszusetzen, in denen die Lehre von der materialistischen Geschichtsauffassung die Grundlage der Staatskonzeption bildet. Auch unserer Gesellschaft ist der Materialismus keineswegs fremd, und die langdauernde Hochkonjunktur hat seine Verbreitung zweifellos begünstigt. Sehen wir zu, daß er nicht tiefe Wurzeln schlagen kann und daß wir nicht nur in Worten, sondern in Tat und Wahrheit den Idealen treu bleiben, die uns den Kommunismus als größten Feind einer wahren Freiheit erscheinen lassen. Wenn es möglich war, daß ein russischer Dichter ein Buch schrieb mit dem Titel «Der Mensch lebt nicht von Brot allein», so läßt das die Hoffnung aufkommen, daß, sofern wir unsern Idealen treu bleiben, am Ende einer langen und erbitterten Auseinandersetzung zwischen den zwei großen Lagern der Gegenwart doch eine wahre friedliche Koexistenz und nicht ein Vernichtungskrieg stehen wird.

So hängt die Stellung der Schweiz in der heutigen Welt nicht nur von unsern außenpolitischen Maximen ab oder von den Verträgen, die wir abschließen, und vom Ausmaß der internationalen Solidarität, das wir beweisen: sie wird im höchsten Maße mitbestimmt durch das, was wir im Innern aus unserer alten Demokratie machen. Das ist eine Aufgabe, die nicht ein für allemal zu Ende geführt werden kann. Sie stellt sich jeder Generation unter wechselnden Bedingungen neu. Ich möchte mit dem Wunsche schließen, daß es den jetzt lebenden Generationen, der jungen und der alten, mit vereinten Kräften gelingen möge, sie so zu lösen, daß unserer lieben Schweiz die Stellung innerhalb der Völkerfamilie erhalten bleibt, die ihr unsere Vorfahren schufen. Wir werden damit dem Völkerfrieden auch den größten Dienst leisten, den ein Land, ob klein oder groß, zu erbringen vermag.

Nach einem vor der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft und der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Bern am 14. Februar 1961 gehaltenen Vortrag.